

Die
Universitätsstadt Tübingen
an der Jahreswende 1937/38

Rückblick und Ausblick

von

Oberbürgermeister Scheef



I. Rückblick auf 1937

Wenn eine Stadtverwaltung an der Jahreswende Rückschau hält, so mißt sie ihre Arbeit pflichtgemäß an dem unveränderlichen Grundgesetz ihres Handelns: Mitwirken an der Wohlfahrt ihrer Einwohner und an der Blüte des Gemeinwesens. Auf die verschiedensten Gebiete kann und soll sich die Tätigkeit einer Stadt erstrecken: Auf das kulturelle ebenso wie auf das wirtschaftliche, auf das gesellschaftliche wie auf das sportfördernde, auf das verkehrsfördernde Gebiet ebenso wie auf das der Heimatpflege.

Auf all diesen Gebieten war die Stadtverwaltung Tübingen im abgelaufenen Jahr tätig.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen in kultureller Beziehung ist das

Schulwesen

Es war von jeher ein Anliegen der Stadt, ihr Schulwesen auf der Höhe zu halten. Auch im abgelaufenen Jahr haben wir der

Deutschen Volksschule

volle Aufmerksamkeit zugewendet. Es ist erfreulich, daß es schon zu Beginn des Jahres 1937 gelungen ist, die Deutsche Volksschule in Tübingen einschließlich der Vororte restlos durchzuführen. Mit Genugtuung kann darauf hingewiesen werden, daß in Tübingen das Verständnis für die gemeinsame Jugenderziehung sehr lebhaft ist und daß es verhältnismäßig frühzeitig gelungen ist, auch den letzten Rest der früheren konfessionellen Volksschule zu beseitigen und so die gesamte volksschulpflichtige Jugend Tübingens in der gemeinsamen, durch keine konfessionelle Schranken getrennten Deutschen Volksschule zu erziehen. An allen deutschen Volksschulen, sowohl im früheren Stadtgebiet als in den Vororten, wurde die Zahl der Lehrkräfte, der gestiegenen Schülerzahl entsprechend, vermehrt und es wurden in verschiedenen Fällen auch neue Klassenräume geschaffen.

Auch dem Werkunterricht wurde durch Einbau eines entsprechenden Unterrichtsraumes in der Hölderlinschule Förderung zuteil. Die Bestrebungen der württembergischen Unterrichtsverwaltung hinsichtlich des Landjahrs der schulentlassenen Jugend wurden gefördert. Auf Kosten der Stadt konnten zwölf schulentlassene bisherige Schüler und Schülerinnen der Deutschen Volksschule das Landjahr besuchen. Der entsprechende städtische Aufwand mit 3000 RM. ist eine wertvolle Anlage im Dienste der Ertüchtigung unserer Jugend.

Dem

Fachschulwesen:

Gewerbeschule, Handelsschule und Frauenarbeitschule wurde volle Aufmerksamkeit gewidmet. An der Gewerbeschule wurde den bisherigen Lehrwerkstätten für Schreiner und

Flaschner eine weitere Lehrwerkstätte für Maler angefügt. In letzter Zeit wurden mit dem Landesverband der Baugewerksinnung und mit der Baugewerksinnung Tübingen erneut aussichtsreiche Verhandlungen geführt wegen Schaffung einer Lehrwerkstätte für Maurer in Tübingen, möglichst in Verbindung mit einem Fachschulgebäude. Die Stadt stellt ein den Wünschen der Baugewerksinnung entsprechendes Baugelände unentgeltlich zur Verfügung. Durch die Innungen, die zu einem Fachschulverband zusammengeschlossen werden sollen, wird als ein Teil der Ausbildung des Lehrlingsnachwuchses die Maurerlehrwerkstätte unentgeltlich erstellt. Die Kosten für das Lehrpersonal sind ähnlich wie bei der Gewerbeschule durch einen zu schaffenden Verband der beteiligten Gemeinden und Bezirke zu tragen.

An der Handelsschule wurde eine weitere, unständige Lehrstelle gegründet. Alle drei Fachschulen: Gewerbeschule, Handelsschule und Frauenarbeitschule befinden sich in erfreulicher Blüte.

Dasselbe darf von den

höheren Schulen

der Stadt gesagt werden. Im Zug der Vereinheitlichung des höheren Schulwesens waren manche Änderungen zu treffen. Erfreulicherweise blieb der Stadt Tübingen mit Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse einer Universitäts- und Garnisonsstadt das Gymnasium erhalten, das nun den Namen „Hilfand-Gymnasium“ führt. Die Oberrealschule führt den Namen „Kepleroberschule für Jungen“.

Das Schullandheim Römersteinhaus in Donnstetten auf der Alb, das die Stadt der Kepleroberschule für Jungen zur Verfügung gestellt hat, bewährte sich auch 1937 wieder. Der Mädchenrealschule wurde Förderung zuteil durch Schaffung weiterer ständiger Stellen und auch auf sonstigem Gebiet. Die von der Leitung der Schule angeregte Frage des Ausbaus der Oberschule für Mädchen zur Vollanstalt ist noch nicht entschieden. Beim heutigen Stand der Dinge stehen der Anregung zunächst aus zwingenden Raumgründen noch Hindernisse entgegen.

Für die noch nicht schulpflichtigen Kinder sucht die Stadt durch

Kindergärten

nach Möglichkeit zu sorgen. Die in die Verwaltung der NS übergegangenen Kindergärten in den Vororten Derendingen und Lustnau haben sich sehr gut entwickelt und weisen höchst erfreuliche Ergebnisse auf. Für den Kindergarten im Vorort Lustnau wurde ein weiterer, größerer Spielplatz geschaffen.



Es war das Bestreben der Stadtverwaltung, auch in der Stadt Tübingen die bestehenden, von einem besonderen Verein verwalteten, früher von der Stadt namhaft unterstützten Kindergärten in die Verwaltung der NSB zu überführen. Das ist nicht gelungen, weshalb der bisherige städtische Beitrag mit Wirkung vom 1. April 1937 an eingestellt worden ist.

Im Sinne der Fürsorge für die heranwachsende Jugend wurde durch die NSB mit städtischer Unterstützung im Sommer 1937 ein örtliches Kindererholungsheim auf dem Schnarrenberg betrieben. Das Gelände dort ist ideal, doch mangelt es der Anlage, die zudem für einen größeren Betrieb zu klein ist, an einer Wasserversorgung. Städtischerseits ist beabsichtigt, das im Laufe des Jahres erworbene bisherige

Korporationshaus der Normannia

als Heimstätte für die örtliche Kindererholung zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich um ein vortrefflich eingerichtetes Anwesen in einer Größe von 83 Ar 30 Quadratmeter, auf der Höhe des Desterbergs eben gelegen. Alle Voraussetzungen für eine umfassende, erfolgreiche, der Tübinger Jugend in idealer Weise dienende Kindererholung am Ort selber sind dadurch geschaffen.

Aber auch den alleinstehenden Alten und Hilfsbedürftigen und den entsprechenden Anstalten wurde volle Aufmerksamkeit und Fürsorge zuteil. Dies gilt sowohl für das

Gulleuthaus

als das

Bürgerheim.

Mehrfache Verhandlungen wegen Schaffung eines weiteren

Altersheims

in Tübingen unter Verlegung eines bisher schon bestehenden, über erhebliche Stiftungsmittel verfügenden auswärtigen Heimes nach Tübingen sind noch nicht abgeschlossen.

Die bedeutendste Einrichtung Tübingens, die der Stadt weithin das Gepräge gibt, ist die

Universität.

Mit ihr stand die Stadtverwaltung auch 1937 in lebhaftem Verkehr, der getragen war von gleichen Bemühungen und gleichen Hoffnungen. Der lebhafteste Austrieb an der Universität und in der Studentenschaft wirkt werbend für die Universität und damit auch werbend für die Stadt und ihr wirtschaftliches Leben. In der eigentlichen Werbetätigkeit gingen Universität und Stadt weithin Hand in Hand. Besondere Bedürfnisse der Universität, wie z. B. die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Frauenklinik, werden von der Stadt im Rahmen des ihr finanziell Möglichen lebhaft gefördert. Am Universitätsfest, einer Neuerrichtung des Jahre 1937, nahm die Stadt lebhaften und fördernden Anteil.

Wichtig für die Universität und sehr wichtig für die Stadt ist die Frage der Entwicklung der neuen

Studentischen Kameradschaften.

Es ist dem Reichsstudentenführer Dr. Scheel, den die Stadt zu ihrer Freude auf dem Rathaus zu Tübingen begrüßen durfte, zu danken, daß er die unbefriedigenden Verhältnisse in bezug auf die früheren

studentischen Korporationen und ihre Altherrenschaften mit glücklicher Hand vortrefflich gelöst hat. Durch die Schaffung der NS-Studenten-Kampfhilfe und in Verbindung damit von Alt-Kameradschaften wurde eine verheißungsvolle Unterlage geschaffen für die Entwicklung der neuen, auf dem Boden des NS-Studentenbundes stehenden studentischen Kameradschaften. Die Stadt erleichterte und förderte diese Arbeit in jeder Weise. Sie stellte einige von ihr erworbene frühere studentische Korporationshäuser den neuen Kameradschaften zur Verfügung und sie gewährte einer Anzahl von Hausvereinen bisheriger Altherrenschaften, die ihre bisherigen Korporationshäuser an Kameradschaften überlassen hatten, vorübergehend Steuerfreiheit. All das hat zum Zweck eine Stärkung der jungen, naturgemäß zunächst finanziell noch nicht leistungsfähigen Kameradschaften. Die Kameradschaften aber werden sich im Lauf der Zeit stärken, sie werden gestützt durch Altkameradschaften und werden so dereinst zu ihrem Teil zur Frequenz der Universität und zum wirtschaftlichen Leben der Stadt Wesentliches beitragen.

Anfangsschwierigkeiten werden dank des verständnisvollen Zusammenarbeitens der Studentenföhrung und der Universität, auch soweit in Betracht kommend der Stadt, ganz sicher überwunden werden.

Bedeutsame Verhandlungen waren im Laufe des Jahres zu führen und wichtige Entscheidungen waren zu treffen hinsichtlich der

Museumsgeellschaft und des Museumsanwesens.

Die Museumsgeellschaft wird ebenso wie die NS-Kulturgemeinde von der Stadt finanziell gefördert. Beide verdienen diese Förderung, denn sie leisten Wesentliches für das kulturelle Leben der Stadt. Die Museumsgeellschaft selber als Eigentümerin des Museumsanwesens bringt auf dieses Anwesen erhebliche Opfer. Am Museumsgebäude und namentlich am Schilleraal waren kostspielige bauliche und sonstige Änderungen notwendig. Eine neue Bestuhlung forderte große Opfer. Aus eigenen Mitteln war die Museumsgeellschaft dazu nicht in der Lage. Die um entsprechende Hilfsstellung angegangene Stadtverwaltung dachte zunächst an die Uebernahme des Anwesens. Eine mit der Museumsgeellschaft getroffene Einigung in dieser Richtung, wobei die Stadt selbstverständlich die Passiven zu übernehmen gehabt hätte, fand nicht die Zustimmung der Gemeindeaufsichtsbehörde. So mußte auf anderem Weg geholfen werden. Die Stadt leistete der Museumsgeellschaft Bürgschaft für ein aufzunehmendes Darlehen und die Museumsgeellschaft verpflichtete sich der Stadt gegenüber als Gegenleistung, den Schilleraal des Museums dauernd nur in einer solchen Weise zu benützen und auch baulich zu verändern und zu vermieten, daß er zu gewissen Veranstaltungen der Partei, der Universität und der Stadt an bestimmten Tagen zur Verfügung steht. Die neue Bestuhlung wurde so gestaltet, daß der Saal ohne Schwierigkeiten nach Entfernung der Bestuhlung für andere Zwecke verwendet werden kann.

Das Andenken ihres großen Sohnes

Ludwig Uhland

wurde von der Stadt aus Anlaß der 150. Wiederkehr des Geburtstags und der 75. Wieder-

kehr des Todestags Ludwig Uhlands unter größter Teilnahme der gesamten Bevölkerung in würdiger Weise gefeiert. Unvergesslich wird allen Teilnehmern der Festakt im Schilleraal des Museums mit der einzigartigen, hinreißenden Rede des Professors Suchenwirth in München bleiben.

Die Verbindung mit den im

Ausland lebenden Tübingern

wurde in verschiedener Weise gepflegt, darunter auch durch Bespatenschaften auf den NS-Kurier. Gerade auch diese letztere Maßnahme hat lebhafteste Befriedigung bei den in Betracht kommenden Landsleuten ausgelöst, was vielfache Dankschreiben beweisen.

Die

Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit der Partei.

ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden war die denkbar beste.

Allen Neuwahlten wird in Tübingen das Werk des Führers „Mein Kampf“ als Traugeschenk der Stadt überreicht. Die nationalsozialistische Gesinnung wird dadurch verstärkt und verbreitet.

Der Hitler-Jugend, dem Jungvolk und dem Bund Deutscher Mädel wurde Förderung zuteil durch Beteiligung der Stadt an den namhaften Barleistungen aller Gemeinden des Landes für die Zwecke der Hitler-Jugend. Die Raumfrage, in Tübingen schon früh und tatkräftig durch Beteiligung der Stadt beim Bau des Hauses der Jugend angepackt, wurde weiterhin zur Abhilfe des bestehenden Mangels an Scharheimen für die Jugendorganisationen gefördert durch Ueberlassung zweier städtischer Wohngebäude in der Schaffhausenstraße an die Hitlerjugend und den Bund Deutscher Mädel. In diesen zwei Gebäuden wurden bzw. werden noch insgesamt 22 geräumige Scharheime geschaffen. Wenn diese Aktion, die im April 1938 beendet sein wird, durchgeführt ist und wenn es gelungen sein wird, auch die entsprechenden Einrichtungsgegenstände, insbesondere Tische und Bänke zu schaffen, so dürfte die Raumnot hinsichtlich der Jugendorganisation in Tübingen behoben sein. Als eine spätere Aufgabe bleibt aber bestehen die Notwendigkeit der Schaffung neuer, dezentralisierter besonderer Hitlerjugendheime mit entsprechenden Anlagen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Gebietsportfestes der Hitler-Jugend am 3.-4. Juli 1937 wirkte die Stadt in jeder Weise fördernd mit und es gereichte ihr zur Befriedigung, daß dieses größte Sporttreffen der Hitler-Jugend Württembergs im Jahr 1937 einen ausgezeichneten, allseits befriedigenden Verlauf nahm.

Der NSB erleichterte die Stadtverwaltung ihre Aufgaben, wo immer das möglich war. Die Ueberlassung eines städtischen Anwesens auf dem Desterberg an die NSB als Heim für Lernschwestern hat sich bestens bewährt. Eine Ausdehnung dieses Heimes hat sich als notwendig erwiesen.

Eine wichtige Aufgabe der NSB bei

Durchführung des Vierjahresplanes

ist die Sammlung aller verwertbaren Küche- und Speiseabfälle und ihre Verwendung für die Schweinemast.

Aufgabe der Stadt ist es, die erforderlichen Räume zu stellen. Da bestehende Gebäude nicht vorhanden sind, so muß ein Neubau erstellt werden. Ein zunächst in Aussicht genommenes Areal im „Backofen“, östlich des Gaswerks, westlich vom Gzerzierplatz Salzgarten, südwestlich von den Kasernenanlagen scheid mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Garnison aus. Es handelt sich nun um ein neues Gelände im Eitelachtal, am Süden der Marlung Derendingen. Die Vorarbeiten hinsichtlich von Güte und Menge des Wasservorkommens sind noch im Gang. Wenn diese ein befriedigendes Ergebnis zeitigen, wird das ausgearbeitete Projekt durchgeführt werden. Es ist zu hoffen, daß in jener Gegend auch die von der Universität und der Bauabteilung des Finanzministeriums geplante Schweinemastanlage für die Kliniken erstellt wird.

Den besonderen Bedürfnissen der SA wurde Rechnung getragen durch die Ueberlassung des städtischen Sportheims mit Hindernisbahn und Sportplatz in den oberen Anlagen.

Die Sanitätsschule der SA, die nun

Reichsjanitätschule

geworden ist, wurde weiterhin gefördert. Ihre vortreffliche Entwicklung, die sich in dem Bau eines neuen großen Anstaltsgebäudes bekundet, gereicht der Stadt zur lebhaften Befriedigung, denn die Stadtverwaltung hat, gemeinsam mit der SA und der Motor-SA, die Sanitätsschule von den kleinsten Anfängen an nachdrücklich gefördert. Für den jetzigen Neubau wurde das erforderliche Areal unentgeltlich zur Verfügung gestellt, wie auch der städtisch gebliebene Teil des Ammerlaufes nordöstlich des Gebiets der Sanitätsschule mit Rücksicht auf die Schule auf städtische Kosten mit einer Stützmauer versehen worden ist.

Die Beziehungen zum NSKK waren auch 1937 besonders lebhaft. Die

Motorporttschule,

seinerzeit von der Stadt gebaut und später der Partei überlassen, soll erfreulicherweise eine weitere Wagenhalle erhalten, wozu die Stadt das Areal unentgeltlich abgetreten hat.

Die Belange der Motorstaffel des NSKK, die hier in Tübingen ihren Sitz hat, wurden gefördert durch die Erwerbung des Sporthauses der Tübinger Sportfreunde beim Stauwehr durch die Stadt. Dieses Haus wurde baulich ausgestaltet und sodann an die Motorstaffel gegen Miete überlassen. Einen Höhepunkt im sportlichen Leben Tübingens bildeten die ersten

Motorporttage Tübingen

am 18. und 19. September, verbunden mit NSKK-Gelände- und Nachorientierungsfahrt. Die Motorporttage waren veranstaltet vom Gau Südwest des NSKK gemeinsam mit der Stadt Tübingen.

Der Motorstaffel Tübingen, die zur Schulung der NSKK-Männer im Rahmen der Standarte und der Staffel eine besondere, kleinere Motorporttschule beim Tübinger Stauwehr errichtet hat, wurde dabei durch die Stadt fördernd die Hand gereicht.

Der Fliegerortsgruppe Tübingen wurde für ihre Zwecke eine städtische Baracke Macken-

senstraße 2 unentgeltlich zur Benützung überlassen, wie auch die Stadt sich seinerzeit bei Beschaffung des Areals für den Segelfliegerschuppen der Universität fördernd beteiligte.

Dem Reichsluftschutzbund, Ortsgruppe Tübingen, wurde die Arbeit erleichtert durch Ueberlassung eines städtischen Gebäudes in der Biererstraße als Schulungs- und Übungsgebäude zu äußerst mäßiger Miete.

Zur lebhaften Befriedigung der Stadtverwaltung wurde das

Kreisportfest

des Reichsbundes für Leibesübungen Achalmkreis, am 17. und 18. Juli in Tübingen gehalten. Selbstverständlich erleichterte die Stadt dem Reichsbund diese Aufgabe in jeder Weise.

Die Zusammenarbeit mit der

Garnison Tübingen

auf gemeinsamen Gebieten erfolgte stets in fördernder, harmonischer Weise. Mit Genehmigung darf hingewiesen werden auf die Rekrutenvereidigung und Traditionsübernahme auf dem Marktplatz am 14. November. Auch das große Regimentsfest am 1. August am 1. August sei hier hervorgehoben. Zu Ehren des ruhmreichen Regiments wurde durch die Stadt im Einvernehmen mit dem Kreisleiter der bisherigen Kasernenstraße, von wo aus das Regiment ins Feld rückte, der Name „Thiepvalstraße“ gegeben, denn die Leistungen des Regiments bei Thiepval bilden ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte des großen Krieges.

Für die Zwecke des Standortoffiziersheims und seiner Erweiterung wurde städtisches Areal käuflich abgetreten, ebenso wie zu weiteren Änderungen und Bauten für militärische Zwecke.

Auf

wirtschaftlichem Gebiet

darf auf eine Reihe von Maßnahmen hingewiesen werden. Der

Fremdenverkehr

wurde auf lebhafteste gefördert durch Schaffung des städtischen Verkehrsamts, das sich auf dem Gebiet der Verkehrswerbung, insbesondere auch durch Herausgabe des Tübinger Falblattes 1937 bestens eingeführt hat. Dem Verkehr mit den Vororten Derendingen und Lustnau dient der Omnibusverkehr Tübingen, der, insbesondere nach einem schweren Schlag durch Brandfall, seitens der Stadt tatkräftig gefördert worden ist.

Die Neuregelung des Fleisch- und Viehverkehrs und der Fettversorgung stellte die Stadt vor neue Aufgaben, die gelöst worden sind.

Zur Hebung der wirtschaftlichen Kraft Tübingens ist notwendig eine bewusste und überlegte Förderung der Industrie.

Selbstverständlich wird eine überlegende Stadtverwaltung nie etwas tun, was der Universität und ihren Voraussetzungen abträglich wäre, ebenso wie stets die hohen Werte erhalten, gepflegt und gefördert werden müssen, die in dem hervorragenden schönen Stadt- und Landschaftsbild Tübingens liegen und die Tübingen zur bevorzugten Fremdenstadt gemacht haben. Aber es gilt, das

eine zu tun und das andere nicht zu lassen. So war die Stadtverwaltung bemüht, die Erweiterungs- und Ausdehnungsmöglichkeit der bestehenden Industrie zu fördern und ist auch dauernd bemüht, neuen Industrien in Tübingen die Wege zu ebnen.

Eng damit verbunden ist die

Wohnungsbau- und Siedlungstätigkeit

der Stadt. Die von der Stadt ins Leben gerufene Dietrich-Gart-Siedlung beim Waldhörnle im Vorort Derendingen wurde heuer um 12 Siedlungsanwesen vermehrt und zählt nun 44 Siedlerstellen, bestehend je aus einem Familienhaus und durchschnittlich 7,5 Ar Garten. Neben der Vergrößerung der Dietrich-Gart-Siedlung wurde im Jahre 1937 die Eichhalde-Siedlung im Vorort Lustnau geschaffen, bestehend aus 16 Siedlergebäuden je mit entsprechendem Garten. Dazu kommt die Kriegsoffiziersiedlung im Vorort Derendingen, an der Hechinger Straße. Hier wurden 1937 24 Siedleranwesen erstellt, wozu 1938 erfreulicherweise 7 weitere kommen sollen.

Die private Bautätigkeit in der Stadt war auch 1937 sehr rege. Dadurch und durch die namhafte öffentliche Bautätigkeit war das in Frage kommende Gewerbe 1937 voll beschäftigt. Mit Genehmigung darf darauf hingewiesen werden, daß

in Tübingen keine Arbeitslosigkeit

besteht, daß vielmehr im Gegenteil ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist. Ebenfalls kann von einer Wohnungsnot gesprochen werden, denn es besteht keinerlei Mangel an preiswerten Wohnungen aller Größen.

Unter den mit wirtschaftlichen Fragen eng verbundenen städtischen Aufgaben und Einrichtungen ragen hervor die

Städtischen Technischen Werke.

Diese haben sich auch 1937 wieder gut entwickelt.

Das

Elektrizitätswert

hat einen Absatz von 7,6 Millionen Kwst. Davon werden 3 Millionen selber erzeugt, 2,9 Millionen übernommen vom Kraftwerk Tübingen-Herrenberg (KTH), an welchem die Stadt zur Hälfte beteiligt ist, während 1,7 Millionen Kwst. als Fremdstrom bezogen werden. Die eigenen Erzeugungsanlagen des Werkes, bestehend aus 3 Wasserkräften, einer hydraulischen Akkumulierung und 3 Dieselmaschinenanlagen, wurden entsprechend betreut.

Für die Stromabnehmer sind rund 8500 Zähler gesetzt.

Im Jahr 1937 wurde eine Tarifreform durchgeführt unter Einführung des Wohnungstarifs. Diese Tarifreform brachte für die Abnehmer die von ihr Gebrauch machten, eine Vereinfachung und bedeutet für das Werk einen Einnahmeausfall von jährlich rund 30 000 RM. Es ist aber zu hoffen, daß dieser Ausfall durch gesteigerten Stromverbrauch ausgeglichen wird.

Im abgelaufenen Jahr wurde das Elektrizitätswerk Tübingen mit den großen Ueberlandwerken verbunden durch eine Kabelleitung, die vom Umspannwerk der KTH zum Neckarwerk Gartenstraße führt und im Sinne des Vierjahresplans eine Einschränkung des Verbrauchs an Rohöl zur Folge haben wird.

Das städtische

Gaswert

hat einen Absatz von 2,26 Millionen cbm pro Jahr und einen Kohlenverbrauch von rund 4600 Tonnen. Das Verteilungsnetz hat eine Länge von 61 Kilometer. Es wurden im Jahr 1937 mehr als 6700 Anlagen und Haushaltungen durch das Werk mit Gas versorgt.

Aus das städtische

Wasserwert

hat sich weiterhin gut entwickelt. Es förderte 1937 rund 1,18 Millionen Kubikmeter Wasser, das aus 6 Wassergewinnstellen stammt. Das Verteilungsnetz hat eine Länge von über 68 Kilometer.

Bei allen drei Werken wurde auch 1937 das Leitungsnetz planmäßig ausgebaut. Der Trinkwasserbehälter im Vorort Derendingen wurde baulich verändert und verbessert. Zur zweckmäßigen Bewirtschaftung der

städtischen Feldgrundstücke,

die mehr und mehr im Eigenbetrieb zu erfolgen hat, da ein fühlbarer Nachschub an Pachtangeboten festzustellen ist, mußten zwei Schuppen auf Freispalten (Feimen) erstellt werden, wie auch auf dem städtischen Areal auf der Wanne (Abrahamsruhe) Daueranlagen für eine zweckmäßige Bewirtschaftung und Pflege der städtischen Baumgüter eingerichtet worden sind.

Im

städtischen Uhlandbad

wurden solche Betriebsänderungen durchgeführt, daß nun das Schwimmbad fünfmal in jeder Woche mit vollständig frischem Wasser gefüllt wird. Diese Einrichtung ist zwar finanziell belastend, bedeutet aber eine weithin seltene Betriebsfürsorge.

Auf dem Gebiet der

Stadtplanung und Stadterweiterung

ist hinzuweisen auf die Neuerrichtung des Ortsbauplans in den Gewanden Biehweide und Hohe Steige, ferner im Gebiet der Dietrich-Gart-Siedlung und im Gebiet der unteren Neuhalde, Neuhaldenader und Dorfader im Vorort Lustnau.

Die für die bauliche Entwicklung sehr wichtige

Ortsbauaufsagung

wurde neu aufgestellt, nachdem sie unter anderem auch mit den Architekten Tübingens besprochen war. Sie liegt derzeit zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Ortsbauplan und Ortsbauaufsagung, neu und nach modernen Anschauungen aufgestellt, werden das künftige Stadtbild in gutem Sinne maßgebend beeinflussen.

Auf dem

Gebiet des Tiefbauwesens

ist hinzuweisen auf die derzeit in Ausführung begriffene Arbeit der Schaffung der

Umgehungsstraße, der Verlegung des Neckars und der Hochwasserfreilegung eines großen Teils des Neckaraltals.

Die Stadt ist Unternehmerin des großen, zu 2 505 000 RM. veranschlagten Unternehmens. 927 000 RM. entfallen an den Kosten auf die Stadt, die im Hinblick auf die Verwendung von Not-

standsarbeitern (die allerdings aus den verschiedensten Gegenden des Reiches herbeigeht werden müssen) mit einer Grundförderung in Höhe von 240 000 RM. rechnet. 687 000 RM. verbleiben als dann endgültig als Belastung der Stadt. Daran werden 420 000 RM. gedeckt durch Schuldaufnahme im Wege der sogenannten verstärkten Förderung, also Abgabe eines von der Stadt zu verzinsenden und planmäßig zurückzahlenden Darlehens des Staates. 267 000 RM. sind von der Stadt zum Unternehmern aus vorhandenen Rücklagen bar beigetragen worden. Das große Werk wird im Jahr 1938 vollendet werden. Es wird sich im Laufe der Zeit für die Stadt sehr günstig auswirken. Verkehrsschwierigkeiten werden behoben und Bau- und Siedlungsgelände wird neu erschlossen.

Zur Freihaltung und Freimachung des Neckarbettes unterhalb des städtischen Kraftwerks Gartenstraße sind Baggarbeiten notwendig, die von der Firma Eppe durchgeführt werden. Vorbereitungen sind im Gang.

Der

Ausbau der Schwemmkanalisation

in unserer Stadt wird planmäßig betrieben und geht seiner Vollendung zu. Immer mehr Gebäude und gewerbliche Anlagen werden an die Schwemmkanalisation angeschlossen. Die sanitären Verhältnisse werden dadurch namhaft verbessert. Das Abwasser aus dem Stadtgebiet rechts des Neckars wird durch ein Pumpwerk beim städtischen Elektrizitätswerk Gartenstraße aus dem niedriger gelegenen Kanalsystem südlich des Neckars in den höher gelegenen Hauptammelfanal in der Gartenstraße herübergepumpt.

Die

zentrale Kläranlage

unterhalb des Vororts Lustnau ist für den stark gestiegenen Anfall an Klärwasser zu klein geworden. Um Unzuträglichkeiten zu vermeiden, wird sie derzeit erweitert, was mit einem Kostenaufwand von 85 000 RM. verbunden ist.

Unumgänglich notwendig war weiter die

Erweiterung des städtischen Bauhofs,

die ebenfalls derzeit in Ausführung begriffen ist und einen Kostenaufwand von 62 000 RM. verursachen wird.

Notwendig ist ferner die

Kanalisation der Neckarhalde.

Sie soll möglichst noch im Laufe des Winters in Angriff genommen werden. Die erste Etappe, bestehend aus einem Sammelfanal vom Hölderlinstr. bis zum Gebäude Nr. 31 der Neckarhalde, ferner aus einem Kanal in der Neckarhalde vom Faulen Eck bis zum Herrenberger Eisenbahntunnel verursacht einen Kostenaufwand von 100 000 RM.

Alle diese Beträge von 85 000 RM., 62 000 und 100 000 RM. sind ohne Schuldaufnahme finanziert.

In diesem Zusammenhang darf noch hingewiesen werden auf verschiedene Straßenbauten: Weizsäckerstraße, Lutenriethstraße, Walter-Flex-Straße, Obere Wächterstraße zum Segelfliegerschuppen, Straßen in den Siedlungsgebieten, Straße im alten Rauns und Sigwartstraße. Dazu wird im Frühjahr der weitere Ausbau der unteren

Walbhäuser Straße kommen. Grunderwerbsverhandlungen sind im Gange.

Die Erschließung des bedeutenden Baugeländes im Sand

für Zwecke der Heeresverwaltung durch Kanalisation, Straßenbau, Gas- und Wasserleitung mit Elektrizitätsversorgung wurde 1937 planmäßig durchgeführt.

Für die Zwecke der Straßenunterhaltung wurde ein 5 Tonnen-Henschel-Lastkraftwagen mit Holzvergaser beschafft, der sehr rationell arbeitet.

Auf hochbaulichem Gebiet

Darf insbesondere hingewiesen werden auf die Instandsetzung des Gebäudes der Handelsschule verbunden mit einem Dachaufbau auf dieses bisher dachlose Gebäude. Das Stadtbild, Neckaransicht, hat dadurch wesentlich gewonnen. Gewonnen hat auch das Stadtbild des Marktplatzes durch die vortrefflich gelungene Instandsetzung des Gebäudes Haaggasse 1, das im Miteigentum der Stadt steht.

Der

städtische Grundbesitz

erfuhr 1937 weitgehende, zum Teil einschneidende Veränderungen. Es wurden 131 Grundstücke und Grundstückteile neu erworben. 54 Grundstücke wurden veräußert. In 34 Fällen wurden Grundstücke ausgetauscht. Nach wie vor ist es das Bestreben der Stadt, Areal zu erwerben, es für Wohn- und Siedlungszwecke baureif zu machen und sodann in Förderung der Bau- und Siedlungsaktivität preiswert wieder zu verkaufen.

Es ist der Stadtverwaltung dadurch gelungen, die Bauplätzepreise in Tübingen, gemessen im Verhältnis zu anderen Städten, verhältnismäßig nieder zu halten.

Im Jahre 1937 wurden durch die Stadt, ermächtigt durch den Herrn Innenminister, verschiedene bisherige

studentische Korporationshäuser

erworben. Zu nennen ist hier außer dem schon früher erworbenen Eberhardinhaus (früher Siebeck'sches Anwesen auf dem Desterberg), das Haus der Verbindungen Stuttgartia, Normannia und Wingolf, Kaufunterhandlungen schweben noch hinsichtlich zweier weiterer Korporationshäuser.

Von den erworbenen Gebäuden wird das „Normannenhaus“ der örtlichen Kindererholung verbunden mit einem anderen Zweck, dienstbar gemacht, während das Wingolfshaus künftig der Partei dienen wird. Das „Stuttgardiahaus“ ist einer studentischen Kameradschaft zur Verfügung gestellt. Die Preise für die erworbenen Gebäude sind mäßig und betragen zum Teil noch nicht ein Drittel der Selbstkosten der früheren Eigentümer. Durch die Verkäufe wurden die betreffenden Altherrenschaften frei für eine ungehinderte, insbesondere durch finanzielle Verpflichtungen nicht erschwerte Mithilfe in der NS-Studenten-Kampfhilfe.

Es darf erwartet werden, daß auch auf diesem Wege die durchaus sympathischen Bestrebungen des Reichsstudentenführers und des NS-Studentenbundes gefördert werden.

Verkauft wurde 1937 an das Deutsche Reich ein Bauplatz für den

Neubau eines Finanz- und Zollamts in Tübingen

Von den Vertretern des Landesfinanzamts wurde mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Zollamts entscheidender Wert gelegt auf ein Areal in der Nähe des Bahnhofs. Die Stadt bot eine Reihe von Plätzen an, so das Areal zwischen Bahnhofstraße und Kastanienallee in geradliniger Verlängerung des Postamts nach Norden, ferner das städtische Areal zwischen Friedrichstraße und Poststraße, sodann das Areal an der Wöhrdstraße (bisheriger Parkplatz) und Gelände an der äußeren Friedrichstraße. Von den Vertretern des Landesfinanzamts wurden alle diese Plätze als ungeeignet mit größter Entschiedenheit ein für allemal abgelehnt. Es wurden von der Finanzverwaltung andere Plätze gefordert, nämlich entweder ein Teil des Anlagengebiets bei der Kastanienallee in der Verlängerung des Uhlandbads, also zwischen den Gebäuden der Südseite der Uhlandstraße und der Kastanienallee einerseits und dem Uhlandbad und der Querallee andererseits. Dieses Gelände konnte aber mit Rücksicht auf den Alleenhaushalt und auf etwaige künftige Erweiterungsbedürfnisse des Uhlandbades unmöglich abgegeben werden. Unso lebhafter verlangte sodann die Finanzverwaltung die Abgabe des städtischen Geländes am Westende der Uhlandstraße, zwischen dieser und dem Neckaranal einerseits und der Oberrealschule und der Derendinger Lindenallee andererseits. Auf die anfängliche Weigerung der Stadt wurden durch die Finanzverwaltung Gründe ins Feld geführt, die der Stadt eine Verständigung angezeigt erscheinen ließen. Es wurde darauf am westlichen Ende des Geländes ein entsprechender Teil an das Reich verkauft. Für den Fall der Notwendigkeit einer späteren Erweiterung der Keplererschule für Jungen (bisherige Oberrealschule) wurde ein Gelände in der Länge von über 85 Meter, gemessen von der Oberrealschule an, in städtischem Eigentum zurückbehalten. Bedenken gegenüber der Abgabe dieses Areals ist entgegenzuhalten, daß dieses Areal bisher nicht Schulzwecken, sondern Zwecken der Kiesbaggerei, Baggerverwaltung, gedient hat, daß den Bedürfnissen der Schule, die von der Stadtverwaltung zu beurteilen, zu entscheiden und zu verantworten sind, durchaus Rechnung getragen ist und daß städtebaulich ein Abschluß der Uhlandstraße bei ihrer Kreuzung in die Derendinger Querallee durch ein architektonisch schön gestaltetes Gebäude, wie es von der Reichsfinanzverwaltung erstellt wird, zweifellos befriedigend wirkt. Die Stadtverwaltung hat in dieser Sache die öffentlichen Interessen sorgfältig abgewogen und gewissenhaft gewahrt.

Hinsichtlich der

Finanzlage der Stadt

darf hervorgehoben werden, daß am 1. April 1937 die städtischen Schulden insgesamt 4,6 Mill. Reichsmark betragen haben einschließlich des Forderungsdarlehens für die Neckarverlegung und einschließlich der Schulden der Technischen Werke mit samt den Verbindlichkeiten, die für die Beteiligung am Kraftwerk Tübingen-Herrenberg aufgenommen worden sind. An diesen Schulden sind auch im Jahr 1937, wie in früheren Jahren 318 000 RM. planmäßig getilgt worden. Diesen

Schulden stehen die bedeutenden Werte gegenüber, die durch diese Schuldaufnahmen geschaffen worden sind, insbesondere die Technischen Werke, die Forderung beim Kraftwerk Tübingen-Herrenberg, der große Neubefehl an Gebäuden (Silberburg, Wohnhäuser in der Schaffhausen-Straße, Pulvermühlstraße usw.), ferner großer Grund- und Waldbefehl.

Durch die planmäßige Schuldentilgung wird die städtische Finanzlage jedes Jahr erleichtert. Besonders fühlbar wird sich das beim Elektrizitätswerk auswirken, wo im Rechnungsjahr 1938 der letzte Teil einer großen Schuldaufnahme für die seimzeitige Beschaffung der Dieselmotoren getilgt sein wird, was einer Erleichterung des Haushaltsplans des Elektrizitätswerks um etwas mehr als 70 000 RM. pro Jahr gleichkommt.

Ist sonach der Schuldenstand der Stadt, gemessen an den geschaffenen Vermögenswerten, erträglich, so ist andererseits der

städtische Haushalt vollständig ausgeglichen.

Die Stadt hat es nicht nötig, zur Erfüllung ihrer Aufgaben vorübergehende Kassenkredite in Anspruch zu nehmen. Im Gegenteil ist es ihr gelungen, die reichsrechtlich durch die Rücklagenverordnung für jede Gemeinde vorgeschriebenen Rücklagen zu schaffen und den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, verzinslich anzulegen. Die Stadt hat jederzeit eine vorsichtige Finanzpolitik getrieben.

Die

Steuerlasten

in Tübingen sind, gemessen an den entsprechenden Belastungen in anderen vergleichbaren Städten, verträglich. Zum Unterschied von anderen Städten erhebt Tübingen keine Getränkesteuer und keine Baulandsteuer, auch keinen Zuschlag zur Gebäudeentlastungssteuer. Die Gemeindeumlage mit 20 Prozent ist niedriger als die in manchen anderen vergleichbaren Städten, zumal bei dem geringen Gewerbesteuerkataster Tübingens und bei der vollen Steuerfreiheit der in Tübingen besonders zahlreichen Gebäuden des Staats (Universität mit allen Kliniken und Instituten) und des Reichs einschl. des Heeres. Die Bürgersteuer mit 500 Prozent entspricht dem bei allen anderen Städten bestehenden Satz, sofern nicht einzelne Städte noch höhere Sätze zu erheben gezwungen sind.

Die Stadt war auch 1937 stets in der Lage, ihre gesetzlichen Steuerlieferungen an den Staat und den Kreis (Amtskörperschaft) pünktlich und rechtzeitig zu erfüllen. Lieferungsrückstände bestanden nie. Das ist wesentlich zu danken den Steuerzahlern in Tübingen einschließlich der Bororte, die bemüht sind, pünktlich und zuverlässig ihre Zahlungen an die Stadtkasse zu leisten. Diese Zuverlässigkeit ist die Grundlage einer geordneten städtischen Finanzwirtschaft. Ohne die gewohnte Pünktlichkeit der Leistungen unserer Steuerzahler käme die Verwaltung der Stadt und mit ihr diejenige des Kreisverbands bald in Unordnung; es würde auch die Leistungsfähigkeit des Staats beeinträchtigt und letzten Endes würden sich die Nachteile beim Steuerzahler selber als Staatsbürger empfindlich bemerkbar machen.

Ein Wort sei in diesem Zusammenhang gewidmet der

neuen Gewerbesteuer.

Durch Reichsgesetz wurden die bisherigen Grundlagen geändert. Der dreijährige Durchschnitt des Gewerbeertrags ist fallen gelassen. Die Steuer wird veranlagt auf Grund des Ergebnisses des letzten Jahres unter Mitberücksichtigung des im Gewerbe angelegten beweglichen und unbeweglichen Kapitals. Kleine Gewerbetreibende sind vollständig frei gelassen. In Zeiten steigender Konjunktur hatte der dreijährige Durchschnitt die Wirkung, daß der Steueranfaß etwas niedriger war als es der augenblicklichen Geschäftslage entsprach. Die neue Steueranlagung ist vom Finanzamt Tübingen pflichtgemäß durchgeführt und wird in den nächsten Wochen den Steuerpflichtigen eröffnet werden.

Während die Stadt an den Grundlagen der Gewerbesteuer, also an der Steueranlagung, nicht verantwortlich beteiligt ist, hat sie die Verantwortung für den

Hebefuß,

den sie festzusetzen hat. Bei dem Hebefuß von 280 Prozent, den die Stadtverwaltung Tübingen festlegte, bleibt sie mit 40 Prozent unter dem Landesdurchschnitt, der 320 Prozent beträgt. Alle anderen größeren württembergischen Städte, abgesehen von Stuttgart, Reutlingen und Heidenheim, haben höhere Hebefüße, so z. B. Gmünd und Schwemmingen je 350 Prozent, Tuttlingen, Ludwigsburg, Eßlingen und Heilbronn je 320 Prozent, Göppingen 315 Prozent und Ulm 300 Prozent. Stuttgart, das bisher eine Umlage von 16,5 Prozent hatte (gegen 20% in Tübingen) erhebt ebenfalls 280 Prozent wie Tübingen, Reutlingen, das bisher eine Umlage von 19 Prozent hatte, ebenfalls 280 Prozent und nur Heidenheim, das ein hohes Gewerbesteuerkataster hat und schon bisher nur 16 Prozent Gemeindeumlage erhob, stellte einen niedrigeren Hebefuß als Tübingen fest, nämlich 270 Prozent. Es ist üblich, das 16- bis 17fache der Gemeindeumlage als Hebefuß für die Gewerbesteuer festzusetzen, was für Tübingen den Landesdurchschnittssatz von 320 Prozent ergeben hätte.

Wenn also die Stadtverwaltung Tübingen sich auf einen Hebefuß von 280 Prozent beschränkte, so bleibt sie damit weit zurück hinter den Sätzen in anderen vergleichbaren Städten. Sie tut dies, um die Leistungsfähigkeit und die Steuerkraft ihrer Gewerbetreibenden aufs äußerste zu schonen und um zugleich einen Anreiz zu bieten für die Ausdehnung der bestehenden und die Niederlegung neuer Betriebe in Tübingen.

Wenn die Stadtverwaltung Tübingen im Jahre 1937 erfolgreich arbeiten konnte, so ist das zurückzuführen auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei und ihren Gliederungen. Den Dank dafür habe ich am 14. Juni 1937 bei der Verabschiedung des bisherigen Kreisleiters Baumert und bei der Begrüßung des neuen Kreisleiters

Rauschnabel zum Ausdruck gebracht und diesen Dank auch am Jahreschluß zu wiederholen, ist mir Bedürfnis.

Dankbar sei gedacht der stetigen Mitwirkung und sachlichen Beratung durch die Beigeordneten und Ratsherren und des Verständnisses und der Förderung der städtischen Angelegenheiten durch die Gemeindeaufsichtsbehörden, Innenministerium und Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschafts-Verwaltung.

Befonders dankbar sei auch gedacht der hinge-

benden Mitarbeit aller städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Das Verhältnis der städt. Hauptverwaltung zu den Vororten, betreut durch die örtlichen Geschäftsstellen des Oberbürgermeisters, wurde von der Stadtverwaltung auch 1937 durch aufmerksamste Förderung der besonderen Belange der Vororte gepflegt. Die Eingemeindungsverträge wurden auch 1937 von der Stadt nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach in förderndster Weise erfüllt.

II. Ausblick

Bedeutende Aufgaben wurden gelöst; große Aufgaben stehen aber auch noch vor uns. In erster Linie ist zu nennen der

Bau eines Freischwimmbades,

der eine absolute Notwendigkeit für Tübingen ist. Die erforderlichen Mittel mit 300 000 RM. sind beschafft, zum Teil durch Verwendung von Rücklagemitteln zum Teil durch Erübrigungen aus dem Rechnungsjahr 1936. Im ersten Nachtragshaushaltplan 1937 ist die Finanzierung nachgewiesen. Es ist damit zu rechnen, daß die erforderliche Regierungsgenehmigung erteilt wird. Die Ausführung selber hat sich naturgemäß zu richten nach den Vorschriften des Vierjahresplans.

Dringend notwendig ist sodann der

Bau einer Turnhalle für die Deutsche Volksschule.

Vorgesehen ist das Gelände im Ammertal, westlich des Milchwerks. Ein Teil der Grundstücke ist erworben. Die finanziellen Grundlagen für diesen Neubau, der eine absolute Notwendigkeit ist, zumal bei dem gesteigerten Raum, den der Turnunterricht im Lehrplan der Schulen einnimmt, werden beim Haushaltplan 1938 gelegt.

Als weitere Notwendigkeit zeigt sich immer dringender ein

Schulhausbau für das Südgebiet der Stadt,

zugleich unter Mitberücksichtigung der Bedürfnisse im Vorort Derendingen. Der von der Schulleitung in Übereinstimmung mit den oberen Schulbehörden angeregte

Ausbau der Mädchenrealschule zur Vollenstift

wird im Laufe der Zeit ebenfalls weiteren Raumbedarf mit sich bringen.

Notwendig sind sodann einige

Brückenbauten,

so eine solche über die Ammer im Vorort Lustnau im Zug der verlängerten Gartenstraße, insbesondere im Hinblick auf die Bedürfnisse der dortigen Industriefirma Quack, sodann eine Brücke

über die Steinlach im Zug der Mergenthalerstraße.

Das verhältnismäßig lebhaft bebaut

Gelände im Geigerle

ermangelt noch ausgebauter und haussierter Straßen sowie planmäßiger Kanalisation. Früher dafür angesammelte Mittel mußten für die Umgehungsstraße verwendet werden. Über die dringenden Aufgaben in dieser Richtung sind baldmöglichst zu lösen. 1938 wird eine

Fortsetzung der Siedlungstätigkeit

in den Vororten Derendingen und Lustnau bringen.

Als weitere Aufgabe sind vorgemerkt die gesetzlich für das Jahr 1939 vorgesehene Uebernahme des im Eigentum der Schlachthausgesellschaft stehenden

Schlachthaus

durch die Stadt. Auch die bauliche Erweiterung des Rathauses ist eine der kommenden Aufgaben, womit dann zugleich auch die Archivreue einer befriedigenden Lösung zugeführt werden kann. Nicht vergessen wird auch die Schaffung eines

Tübinger Heimatmuseums.

Am allerdringendsten aber stehen vor uns die Schaffung der Turnhalle im Ammertal und des Freischwimmbads.

Wie sich die Stadt Tübingen trotz aller Schwierigkeiten auch im Jahr 1937 kräftig entwickelt hat und wie sich das wirtschaftliche Leben in der Stadt auch 1937 günstig gestaltete, so ist dank der planmäßigen Führung Deutschlands durch die Reichsregierung, vor allem durch den Führer und Reichskanzler, mit vollem und uneingeschränktem Vertrauen darauf zu rechnen, daß auch das Jahr 1938 für die Entwicklung unserer Stadt günstig verlaufen wird.

Ich bin überzeugt, daß mit der gesamten Stadtverwaltung auch die Einwohnerschaft restlos und unter Einsatz aller Kräfte bemüht sein wird, diesem hohen Ziel zu dienen!

